

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

100 (30.4.1906) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10. durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Sülzstraße 24. Telefon: Nr. 188. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Spredstunde der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2, 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2, 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2, 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2, 7 Uhr.

Nr. 100.

Erstes Blatt.

Karlsruhe, Montag den 30. April 1906.

26. Jahrgang.

Zum Weltfeiertag der Arbeit.

Der Mai ist gekommen, die Bäume schlagen aus, da bleibe, wer Lust hat, mit Sorgen zu Hause! So singen unsere Kinder. So singen wir in unseren Kindertagen, so unsere Väter und Mütter in ihrer Jugend, und so oder ähnlich unsere Ahnen und Urahnen. Bis hinein in die Tage der Kindheit unseres Volkes überhaupt und der uns verwandten Völkergemeinschaften zurück läßt sich verfolgen, wie der erste Tag des Monats ein Tag des Frohsinns und festlicher Ausflüge in Feld und Wald, vor allem aber der Arbeitsruhe war. Dem alleinseigmachenden Kapital war es vorbehalten auf seinem graugrünen Wege, in unerfülllicher Gier immer mehr und mehr die freie Arbeit zur Lohnslaverei umzubilden, einen Feiertag nach dem anderen, die der Ausbeutung der Sklaven hinderlich waren, zu kassieren und so auch den ersten Mai aus den Tagen der Ruhe zu streichen. Aber es war ihm doch nicht gelungen, diesen Ruhetag auch aus der Erinnerung der Völker zu bannen.

Kein Wunder also, daß die Arbeiterklasse, die um ihre Befreiung aus den Fesseln des Kapitalismus ringt, die Klassengenossen aller Länder anrief, diesen Tag der Arbeitsruhe sich wiederzuerobern, gerade diesen Tag als den einzigen, den keine Kirche haben und für ihre Zwecke nutzbar machen möchte.

Sie, die jahraus jahrein, tagaus tagein durch ihre Arbeit das Getriebe der zivilisierten Welt erhalten, sie, gegen deren Willen sich in der Tat kein Rad zu drehen vermag, sie sollten nicht das Recht haben, einen gemeinsamen Tag als ihren Tag, als ihren weltlichen Feiertag zu bestimmen, als den Tag, an dem sie nach ihrem Sinn die Arbeit, die hohe Bedeutung ihrer Arbeit feiern können?

Das Recht haben sie festgesetzt, jene Vertrauensmänner der Klassenbewußten Arbeiterklasse fast aller Länder, die vor 17 Jahren in Paris zusammentraten. Es war der bedeutendste Beschluß des Pariser Arbeiterkongresses von 1889, eine Kulturakt ersten Ranges, den der erste Mai als Weltfeiertag der Arbeit aus dem Schutze der vom Kapital gestürzten Volksrechte neu entstehen zu lassen. Aber die Arbeiterklasse gab dem Tage auch einen neuen Inhalt!

Am ersten Mai bekennen wir uns nun auf dem ganzen Erdenrund zur Forderung des Achtstundentages für die gesamte Arbeiterklasse, wie immer auch ihre Beschäftigung sei, und soweit nicht sanitäre Gründe eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit nötig machen.

Acht Stunden des schweren Schaffens in Hütten oder Mähten, in Bergwerken oder auf Bauern, im Schiffsraum oder auf der Lokomotive, in Klüften oder am Schreibtisch, acht Stunden in Hitze oder Kälte mit irgend welcher Last gemungen, um die eigene Existenz, um die der Familie, zugleich mit jedem Schlag, mit jedem Zug die Existenz der Gesellschaft zu sichern, sind wahrlich genug.

Nedlich verdient mit diesen acht Stunden der Arbeit seien auch die acht Stunden des Schlafes, die dem Müden neue Kraft für das neue Tagewerk geben sollen.

Aber auch die letzten acht Stunden des Tages sollen dem Arbeitenden gehören. Er braucht sie zum guten Teil für die Vergebung seiner Mühen und für andere für das körperliche Wohlbefinden unerlässliche Maßnahmen. Nur ein winziger Rest dieser Stunden und damit des ganzen Tages bleibt ihm, sich seiner Fortbildung und dem Genuß der Schöpfungen der Natur und des Menschengeistes, sich seiner Familie, seinen Freunden, den Interessen der Allgemeinheit zu widmen.

Diese wenigen Stunden sind es, die den Arbeiter erst zum Menschen, die ihm das Leben erst lebenswert machen sollen. In diesen Stunden, die heute noch Millionen von Arbeitern fehlen, soll in uns der Mensch geboren werden, der Mensch, der für alles Gute und Schöne, vor allem für die Menschlichkeit warmes Empfinden habe, sich daher auch erinnern, daß hinter den künstlich gezogenen Grenzen, hinter Berg und Strom nicht weniger Würdige, als wir selbst, wohnen, daß auch die Zunge,

die uns unterschiedlich macht, uns nicht Recht noch Anlaß gibt, über jene Menschen-Brüder wie wilde Tiere herzufallen. In jenen Stunden der Erholung und des Denkens werden Millionen Arbeiter erkennen, was heute schon so viele ihrer Brüder aller Völker wissen, daß es nur zwei Nationen gibt, die auf die Dauer einander ausschließen: die Proletarier aller Länder und ihre Annahmer, die Ausgebeuteten und ihre Ausbeuter.

Und nur diese, die letzteren, haben ein Interesse an der Verküftung und dem Streik der Völker, entfachen ihn sogar erst durch ihre Spekulationen auf Gewinn und verlangen, wenn ihre Interessen in Widerstreit geraten, daß die Proletarier für sie die Kautanen aus dem Feuer holen. Das Kapital ist es, das so gewissermaßen den Krieg aller gegen alle hervorruft, diesen Krieg geradezu bedeutet.

Die Proletarier aller Länder, die sich ihrer Klasseneigenschaft bewußt, dem Rufe Marx' folgend, zur Abwehr des Kapitals vereinigt haben, verbinden darum mit ihrer Demonstration für den Achtstundentag auch den Protest gegen den Krieg, wie gegen alle direkten und indirekten Kriegsvorbereitungen.

Die Klassenbewußten Proletarier aller Länder rufen daher den ersten Mai auch gegen die internationale Dreieinigkeits: Infanterie, Kavallerie, Artillerie, wie gegen den gleich unerfülllichen Marine-Moloch zum Kampfe auf. Dieweil diese das Vaterland zu schützen und die Religion der Völker zu erhalten behaupten, sind sie eine stete Gefahr für den Frieden, den sie selbst überdies zur Pein machen durch die fortwährenden, immer stärker werdenden Schreyungen der Arbeiter aller Nationen. Zudem decken sie vor allem die Interessen der Mächtigen, der Klassenherrschaft und schützen so auch die Ausbeutung der Arbeiter als Konsumenten, die Verteuerung aller wichtigen Lebensmittel.

So ist denn der erste Mai mehr und mehr zum Symbol des Kampfes der Arbeiterklasse gegen jede Reaktion geworden, und so begehren wir denn auch an diesem ersten Mai gleich unsern norddeutschen Brüdern, gleich den Proletariern aller Länder, das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht für alle Körperschaften, deren Mitglieder von dem Volke zu bestimmen sind.

Aus kleinen Anfängen heraus hat sich der Weltfeiertag entwickelt. Nicht Drohungen, nicht Gewaltakte, nicht Dohn unserer Feinde haben vermocht, diese Schöpfung des internationalen Proletariats wieder zu beseitigen. Mehr und mehr kämpfen die Arbeiter für die Erhaltung dieses Tages; und mit Bedauern bleibt in der Werkstatt, wer zwingenden Gründen darin folgen muß. In Gedanken sind diese Arbeitenden bei den Feiern, fest entschlossen, am Abend sich mit ihnen in den Feisfaal zu vereinen im Protest gegen diese Prohn, gegen die Beeinträchtigung jeder freien Bewegung.

Und um so wärmer wird der Zusammenstoß sein, da man sich erinnern wird der Unglücklichen, denen Kapitalistisches Verbrechen das schauerliche Grab in den Tieren von Courridres bereitet hat;

da man protestieren wird gegen die Verfolgungen, die von Polizei und Gericht den Kämpfern für das freie Wahlrecht, für das Koalitionsrecht, für jedes freie Wort zuteil wird, da man insbesondere gegen die Dresdener und Breslauer Polizeiatacken protestieren wird;

da man auf das Entschiedenste verurteilen wird die schamlosen Aktionen des koalitierten Unternehmertums, die blindwütigen Massen-Aussperrungen braver Arbeiter.

Der erste Mai 1906 steht daher mehr denn je das Klassenbewußte Proletariat erfüllt von seiner Mission, der Arbeiterklasse nicht nur, der ganzen Menschheit Befreiung zu bringen von der Qual, die der Klassengesellschaft eigen ist, den Frieden zu bringen, der ohne Sozialdemokratie undenkbar ist.

Mit dem Protest gegen den Krieg, gegen jede Vergewaltigung eint sich daher morgen, am ersten Mai, der Ruf, der den Millionen, die mühselig und beladen sind, aus vollem Herzen kommt:

Hoch der Achtstundentag! Hoch die Sozialdemokratie!

Unsere heutige Nummer umfaßt mit dem Unterhaltungsblatt 2 Blätter mit zusammen 8 Seiten.

Badischer Landtag.

Die Landwirtschaftsdebatte

Wurde am Samstag mittelst einer Dauerfristung zu Ende geführt. Präsident Wildens befolgt die Methode der Dauerfristungen sehr gerne und er hatte bisher damit auch immer Erfolg. Von den Parteien kamen noch je zwei Redner des Zentrums und der Sozialdemokratie zu Wort, ferner drei von den Nationalliberalen und der Konservativen Waspach. Die Genossen Pfeiffle und Kolb nahmen die gegen die Sozialdemokratie gerichteten Angriffe gehörig unter die Lupe. Da wir die Reden ziemlich ausführlich bringen, erübrigt sich an dieser Stelle ein Eingehen auf dieselben. Herr Welzer vom Zentrum gerierte sich als Anhänger der agrarischen Richtung, was die Zentrumsarbeiter ganz besonders interessieren dürfte. Der frühere Bauernbündler Wurlhard, der jetzt national-liberal ist, ging mit der demagogischen Hebe der Bündler ins Gericht, wobei er einen guten Humor entwickelte.

Gegen 1/2 Uhr war die Generaldebatte zu Ende. Am Montag erhält der Berichterstatter das Schlusswort.

(65. Sitzung.)

Karlsruhe, 28. April.

Präsident Wildens eröffnet um 9 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch: Minister Sengel und Regierungskommissäre.

Abg. Wittmann (Zentr.) geht auf die einzelnen Wünsche seines Bezirks ein, in dem die Viehzucht, wie auch der Ackerbau eine nicht unbedeutende Rolle spielen. Auch er begrüßt die Hebung der allgemeinen Bildung wie der Fachbildung, wobei dem Obst- und Gemüsebau eine größere Berücksichtigung geschenkt werden dürfte. Eine weitere Förderung der Landwirtschaft bestche auch in der Erleichterung von Vätern und da möchte er gen. Was das Versicherungswesen betrifft, so werde dieselbe über die unzureichende Betriebskraft der Landwirtschaft gestellt. Mit Freuden begrüße er den Hagelversicherungsanstalt und möchte er die Regierung bitten, auch dahin zu wirken, daß in Landwirtschaftskreisen auch das Lebensversicherungs-wesen mehr als bisher gepflegt werde. Man sollte sich auch bemühen, die Dienstboten auf dem Lande schäft zu machen und sie für die Landwirtschaft zu interessieren. Besonders sollte man es denselben ermöglichen, sich ein Häuschen zu erwerben und da sollte man die Versicherungsanstalt und auch die Sparassen interessieren. Auch etwas Grund und Boden sollte man den Dienst-

boten überlassen, um das Heimatgefühl zu wecken und zu stärken.

Abg. Cuenzer (natl.): Der Stand der Verschuldung in landwirtschaftlichen Kreisen möge sein, welcher er wolle, immer wieder müsse man den realbedürftigsten Landwirten auf die Amortisationsarbeiten hinweisen. Mit der Kinderversicherung habe der Staat der Landwirtschaft einen großen Dienst erwiesen. Das Obf sei mit das wichtigste Volkswirtschaftsmittel und eine Förderung des Obfbaues sei sehr zu empfehlen. Alljährlich zahle man an das Ausland 30 Millionen Mark; die erste Aufgabe der landwirtschaftlichen Lehrer müsse sein, auf diese Katastrophen hinzuweisen.

Abg. v. Mentzingen (Ztr.) verbreitet sich über die Mißverwaltung der großen Städte und sucht sodann die Angriffe auf den Bauernverein, die von liberaler Seite gemacht, zurückzuweisen. Die Regierung habe heute in objektiver Weise die Tätigkeit der Bauernvereine anerkannt, die lediglich wirtschaftliche und nicht parteipolitische Zwecke verfolgten, wie denn auch alle Konfessionen und Parteistimmungen in den Bauernvereinen zu finden seien. Gegen die Konsumvereine habe er nichts einzuwenden, doch werde er stets dagegen ankämpfen, daß die Konsumvereine mit dem Gelde der Regierung gegen die Bauernvereine in ungleicher Konkurrenz voringen.

Abg. Weck (natl.) tritt in der Hauptsache den Ausführungen des Kollegen Senger bei und tritt besonders warm für die Förderung der mittelbädischen Kinderversicherungsgesellschaft ein. Endlich beifügt er Redner eine andere Abfägung des Wüldchens und anerkennt die

Bedeutung der Kadaververwertungsanlage, die mit der Zeit eine loerrende Anlage für den Kreis werde.

Abg. Pfeiffle (Soz.):

Ich will mich nicht mit den schon ausführlich erörterten Spezialitäten der praktischen Landwirtschaft, sondern mehr mit der politischen Seite der Debatte beschäftigen. Unserer Partei wurde hier der Vorwurf gemacht, wir seien prinzipielle Feinde der Landwirtschaft und das in demselben Augenblick, wo man unserer Tätigkeit in diesen Fragen Anerkennung zollen mußte. Namentlich der Abg. Morgenthaler hat sich in der Herabsetzung unserer Partei hervorgetan und gesagt, auf unseren Parteitag sei der Niedergang der Landwirtschaft gewünscht worden. Herr Morgenthaler ist in unserer Parteigeschichte nicht au fall. Solche Beschuldigungen, wie sie Morgenthaler ausgesprochen hat, müssen bewiesen werden. Wahrscheinlich hat er sein Material aus der Müden-Clabbacher Rügensfabrik. Wir erheben gegen derartige Verdächtigungen entschieden Protest. Für die Verteilung unserer Stellung zu der Landwirtschaft ist unsere praktische Haltung in den Parlamenten maßgebend und nicht die rednerische Entgleisung irgend eines Sozialdemokraten. Wenn Morgenthaler die Vertreter des Adels als geeignete Vertreter der Landwirte charakterisiert, so ist er offenbar in der Geschichte

nicht zu Hause. Es wird doch niemand behaupten wollen, daß die Barone und Grafen auf erbliche Weise, durch Arbeit und Fleiß sich früher die großen Güter erworben haben. Nein, durch Raub und List hat man den kleinen Bauern den Grund und Boden geraubt. Mehr und mehr bricht sich diese Erkenntnis auch bei der bauerlichen Bevölkerung durch. Wir werden auch noch den Zentrumssturm jähren, auch wenn das Zentrum heute noch so sehr begreiflich zu machen versucht, daß es nicht zu überwinden sei.

Was wir auf dem Gebiete der Landwirtschaft wollen, ist schon zum Teil hervorgehoben worden. Wenn man hier so viel von der Not der Landwirtschaft spricht, so muß man doch auch unterscheiden. Es geht bei den Bauern so wie bei anderen Leuten, den Reichen geht es gut und den Armen geht es schlecht. Unseren kleinen Bauern kann in kapitalistischen Staat nicht geholfen werden. Die Verteilung der Grundstücke bei den Erbschaften wirkt in dieser Richtung sehr ungesund. Die Leute, die im Rufus Busch über die Not der Landwirtschaft reden, leben in Saas und Braus. Ihnen geht es nicht schlecht. Wenn hier hervorgehoben wurde, daß der hohe Getreidezoll für die Landwirtschaft unentbehrlich sei, so ist das nicht richtig. Insbesondere die badische Landwirtschaft hat an dieser Zollerei gar kein Interesse. Den Bauern geht es nicht so schlecht, wie das immerfort dargelegt wird. Ich komme aus Streiten der Kleinbauern und kenne die Verhältnisse. Wenn der kleine Bauer im Späthjahr Getreide verkauft, so nur weil er Geld braucht. Im Frühjahr kauft er dann wieder Getreide oder Weizen zu den teuren Preisen. Durch die hohen Preise wird der Landwirt weiterhin geschädigt, wenn die Industrie in ihrer Entwicklung gehemmt wird. Redner polemisiert gegen den Abg. Schüler, der gemeint habe, die Arbeiter lebten besser als die Landwirte. Herr Schüler möge doch, wenn er in Berlin ist, die Arbeiterviertel besuchen und die Not und das Elend studieren, die dort herrschen. Der Bauer hat, wenn es ihm noch so schlecht geht, immer noch zu essen und auch eine Wohnung. Wenn Arbeiter ist das nicht der Fall. Wenn eine Leinwand besteht, so ist das nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Dienstboten vielfach nicht so behandelt werden, insbesondere hinsichtlich der Kost, als das heute notwendig ist, wenn man Dienstboten bekommen will.

Wenn Herr Schüler von der Mittelstandspolitik des Zentrums spricht, so kommt er mit solchen Behauptungen nicht überall durch. Das Zentrum vertritt angeblich die Interessen aller Klassen, aber die unserer Klasse kommen dabei stets zu kurz. Wenn gelagt wurde, das in landwirtschaftlichem Grund und Boden investierte Kapital rentiere sich nicht, so trifft das nicht zu. Es kommt auch auf die Verwertbarkeit des Bodens an. Wer gut und rationell wirtschaftet, arbeitet rentabler wie derjenige, der das Gegenteil tut. Mögen die Landwirte vor allem durch die organisierte Selbsthilfe dem Beispiel ihrer Berufsgenossen in anderen Ländern folgen, es wird dies nicht zu ihrem Schaden sein. (Bravo.)

Abg. Welzer (Hr.) glaubt betonen zu sollen, daß die Not der Landwirtschaft wohl nicht zu bestreiten und daß hier vor allem ein wirksamer Schutz des Staates geboten sei. Die Sozialdemokratie habe wohl schon Worte für die einzelnen landwirtschaftlichen Titel, am Schluß könne sie aber gegen das ganze Budget. Damit sei der Landwirtschaft sehr wenig geboten. Auf dem Dresdener sozialdemokratischen Parteitag habe man wohl ein eigenes Agrarprogramm ausgearbeitet, schließlich daselbst aber mit Mehrheit verworfen.

Minister Schenkell kommt auf die verschiedenen Wünsche und Anregungen der Redner von gestern und heute zurück.

Abg. Kolb (Soz.): Meine Rede vom letzten Montag hat verschiedentlich Widerspruch hervorgerufen. Vor allem war es der Abg. Schmidt (Vretten), der dagegen polemisierte. Er hätte mir eigentlich dankbar sein sollen, denn ich habe aus seiner Rede den Eindruck gewonnen, daß er nichts zu sagen gehabt hätte, wenn ich meine Rede nicht gehalten hätte. Viel mehr als ich versteht Herr Schmidt von der praktischen Landwirtschaft auch nicht, das haben seine Ausführungen über die im Sandboden geerntete Gerste bewiesen. Seine Angriffe gegen Herrn Dr. Schmidt brauche ich nicht zu widerlegen, die „Autorität“ des Herrn Schmidt reicht nicht aus, um die des Herrn Dr. Hecht herabsetzen zu können. Die Politik der Zollagrarier würde in ihren Konsequenzen zur völligen Abschließung der deutschen Grenze gegen die Zufuhr landwirtschaftlicher Produkte führen.

Softheater.

Götterdämmerung, des Ringes der Nibelungen vierter Abend von Richard Wagner. Eine Vorstellung in der Dauer von 4 1/2 Stunden stellt auch an den Zuhörer ein erhebliches Maß von Ausdauer. So angenehm die „Softheater“ sonst sein mag, in diesem Falle wird sie zum Ausgangspunkt neuerer Unruhe und Ungebuld, selbst wenn die 4 1/2 Stunden vom Vorlieb der Hoftheater-Pensionsanstalt absolviert werden müßten. Die meisten leichten Zwecke hätte auch die Kammerfängerin Luise Neuhäuser ihre Kraft als dramatische Sängerin geliebt und die Rolle der Brunnhilde übernommen. Sie hatte sich vor 20 Jahren an der hiesigen Hofbühne die ersten Lorbeeren geholt und beklüßte noch heute mit dem Titel: Großkammerfängerin; zurzeit wirkt sie in Dresden.

Die Dame, eine herrliche Bühnenerkennung, verfügt über eine prächtige Stimme, die selbst in den höchsten Tönen noch angenehm klingt. Die Intonation ist rein und verleiht treffliche Schwingung der Stimmmitel; alle die Voraussetzungen geben der Künstlerin die notwendige Sicherheit; die Routine hat im Laufe der Jahre das ihrige getan, um der Wagnerfängerin großes Selbstvertrauen in das eigene Können und Können zu geben, und von einem Wankling der gestellten Aufgabe kann sie sich nicht oder nur selten die Rede sein. Damit ist auch das Urteil über ihre Bühnenleistung gegeben; das ruhige Maßhalten bei den größten gelanglichen Anforderungen, das bewusste Spiel, die vornehme Haltung, gleich eintrudelt in einer einheitlichen, künstlerischen Gesamtleistung. Kein Wunder, daß sich ein völliger Bewußtsein über die Gefeierter ergoß, daß Blumenkörbe, Kränze in reicher Zahl ihr zu Füßen gelegt wurden; sie hat sich anheimeln in Karlsruhe ein gutes Andenken zu bewahren vermocht. Unsere einheimischen Kräfte standen hinter dem Gaste nicht zurück; Herr Remond als Siegfried ist bereits genannt, und ebenso ehrenhaft sind anzuführen die Herren von Gortom (Guntter), Keller (Hagen), Koba (Alberich), die Damen v. Weisbaden (Gutrune), Eißner (Waltraute), Schenter und Nöbger (Heimhüter). Die Heldenarbeit am Dirigentenpulte bewährte Herr Velling mit viel Aufwand von Heißblütigkeit; nicht minder laus die Regie des Herrn Schön einziehende Bilder, die den Wagnerischen Anforderungen gewiß gerecht wurden. Das Haus wies auf manchen Punkten kluge Händel auf; es handelte sich ja nur um eine Vorlesungsvorstellung für die Hoftheater-Pensionsanstalt. W—n.

Eine solche Politik aber kann Deutschland im Interesse seiner Industrie und seiner Bevölkerungsentwicklung absolut nicht machen. Daß die Preise für landwirtschaftliches Gelände gestiegen sind, könne doch erstattet nicht bestritten werden. Der Simons aus Frankreich, das trotz hohen Getreidezolls das billigste Brot habe, ist nicht stichhaltig. Frankreich hat seit 30 Jahren eine stabile Bevölkerung und zudem eine überwindend landwirtschaftliche Bevölkerung. In Deutschland aber liegen die Verhältnisse direkt umgekehrt. Die von den Abg. Morgenthaler und Duffner gegen die Sozialdemokratie und ihre Haltung gegenüber der Landwirtschaft gemachten Einwände muß ich entschieden zurückweisen. Was verlangen Sie denn eigentlich noch von uns? Können Sie denn hier mehr tun, als wir? Wenn nicht, dann werden solche Reden gegen uns nur zu dem Zweck gehalten, um uns bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung herabzusetzen. (Sehr wahr.) Von Herrn Schüler sei die „Not der Landwirtschaft“ sehr stark übertrieben worden. Auch die Arbeiter müssen, wenn sie nichts verdienen, hungern und sie machen, wenn Krankheit erfolgt, Schulden. Wir haben uns nur gegen die Ueberreibungen gewandt. Wenn das Zentrum im Reichstag die stärkste Partei ist, so nur auf Grund einer schreiend ungerechten Wahlkreisverteilung, die es auch deshalb nicht ändern will. Die schwachen Schultern wollen auch wir bei der Vermögenssteuer schonen. Aber Leute mit mehr als 10000 M. Betriebskapital sind doch keine armen Leute. Wenn die Nationalliberalen beklagen, daß die wirtschaftlichen Fragen eine so große Rolle bei den Wahlen spielen, so sollen sie doch endlich die Konsequenzen daraus ziehen. Das ist ja das Grundübel der Nationalliberalen, daß sie kein Wirtschaftsprogramm haben. Eben deshalb sind sie auch die Schlangen des Bundes der Landwirte geworden. Herr Sängler hat eine Rede gehalten, die doch sehr wesentlich von denjenigen der anderen Agrarier abgehoben hat. Da hörte man nichts von der „großen Not der Landwirtschaft“, sondern nur die Worte: „Wie man sich der rentablen Gebiete mit Erfolg bemächtigt.“ Er hat insbesondere auf die Mittel abgehoben, die ich in meiner Rede hervorgehoben habe. Das freut mich, daß ein praktischer Landwirt meine Ausführungen gefolgt hat. Das widerlegt alles das, was von anderer Seite dagegen vorgebracht wurde. Es wurde hier darauf hingewiesen, daß wir nur 1/4 unseres Butterbedarfs produzieren, daß Millionen für Gemüse, Eier, Obst usw. ins Ausland wandern, weil die inländische Produktion nicht ausreicht. Ja warum wird denn diese zugekauften, rentablen Produktion nicht mehr gepflegt? Hier ist noch viel Geld für die Landwirtschaft zu holen. Das ist unheimlicher, als mit künstlichen Mitteln Gebiete zu schälen, auf welchen die kleine und mittlere Landwirtschaft nicht konkurrenzfähig ist.

Sehr interessant waren für uns die Auseinandersetzungen über die Konkurrenz unter den landwirtschaftlichen Vereinen. Das Zentrum befolgt hier dieselbe Politik, wie gegenüber den Arbeitern. Es befreit, solche besonderen Zentrumsorganisationen aus parteipolitischen Gründen ins Leben gerufen zu haben und doch liegen die Tatsachen klar auf der Hand. Das Zentrum verplittet die Organisationen fast aller Berufsstände, nur die der Kommerzienräte und Aktionäre nicht. (Heiterkeit.) Die sind nämlich viel zu klug, als daß sie auf solchen Reim Frieden. (Heiterkeit.) Die früher gegründeten landwirtschaftlichen Vereinigungen waren doch nicht antisozialistisch und antimonarchistisch. Das Zentrum hat aber trotzdem auch seine eigenen Bauernvereine gegründet, die ihm bei den Wahlen helfen müssen. (Sehr richtig.) Wenn dem nicht wäre, so müßte das Zentrum seine Vereine den früher bestehenden angliedern, denn jede Zersplitterung auf diesem Gebiete schwächt und zehrt. (Sehr wahr.) Meine Äußerung über die Wahl der Adligen wurde mißverstanden. Ich dachte an die preussischen Junker, die allerdings aus anderem Holze geschnitten sind, wie unsere badischen. Diese sind gegenüber jenen geradezu harmlos. (Heiterkeit.) Wenn die in Ostelbien auch so wären, dann hätten sie längst ihre Rolle ausgeübt. Herr Welzer behauptete sich über mangelnden Schutz gegenüber den Säsen, die großen Schaden auf den Feldern anrichten. Herr Welzer weiß offenbar nicht, daß die Sozialdemokratie bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches diesen Reibstahl vorgezogen verurteilt, daß es aber das „bauernfreundliche“ Zentrum im Bunde mit den Junkern war, das damit drohte, das ganze Bürgerliche Gesetzbuch scheitern zu lassen, falls die Bestimmungen über den Wildschaden in das Gesetz hineinkämen. Zu bad. Beobachter werden alle nationalliberalen und sozialdemokratischen Redner lächerlich gemacht, während die Zentrumsredner über den Schellenfögel gelobt werden. Damit will man den Bauern Sand in die Augen streuen. Diese widerliche Reklame wird aber auf die Dauer keinen Erfolg haben. Wir protestieren gegen die künstliche Konstruktion eines Gegenstandes zwischen Stadt und Land. Gerade der Klein- und Mittelbauer hat das größte Interesse an der sozialen Vesterstellung der Arbeitermassen. Geht es diesen schlecht, so auch dem Bauer. Wir bekämpfen das einseitige Agrarierum mit allen Kräften, stimmen aber allem zu, was dem Bauernstand wirklich nützt. Sie mögen uns als Feinde der Landwirtschaft verzeichnen, wir werden trotzdem auch noch bei den Bauern festen Fuß fassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bauspach (Kon.) polemisiert gegen die Sozialdemokratie, die an allem herumregelt, an den ärztlichen Beschlüssen, am Weib, an den Krüppelangelegenheiten usw., auch in der Frage der Jöste könne er niemals mit dem Vorredner gehen. Er gehöre zum Bund der Landwirte, weil derselbe mit aller Kraft für hohe Schutzzölle einträte, denn kein Stand sei so von wirtschaftlichen Sorgen getragener, wie der Bauernstand.

Abg. Burkhard (Kon.) weist darauf hin, daß er f. Zt. als er zum erstenmale als Vertreter des Bundes der Landwirte gewählt, sich seiner Partei angeschlossen habe, obwohl ihm dies vollkommen freigestanden. Jetzt sei es in der Volkspolitik auf Jahre ruhig, deshalb sei die Agitation des Bundes unnötig nach dem Sprichwort: „Friede erweckt, Unfriede zehrt.“ Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Dilwert wird die Generaldiskussion geschlossen und das Schlußwort auf die nächste Sitzung verlegt. Schluß 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Montag, 1/2 Uhr. Tagesordnung: Eheialterung.

Badische Politik.

Statte Trennung von Kirche und Staat forderte in der Versammlung des Jungliberalen Vereins Karlsruhe am vorigen Freitag Herr Ludw. Brunsberger Dr. Knittel. Herr Privatdozent

Dr. Brunner hatte das Thema behandelt: Das historische Mißverhältnis im Kampf gegen den Ultramontanismus. In der Diskussion erklärte Herr Dr. Knittel u. a.: „Seine persönliche Ansicht geht dahin, daß auch uns nichts anderes übrig bleibe, als die glatte Trennung von Kirche und Staat und daß diese Trennung schon innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraumes eintreten werde.“ Herr Dr. Knittel ist ein politischer Optimist im vollen Sinne des Wortes. Kirche und Staat sind auf einander auf gar lange Zeit noch angewiesen. Die Kirche weiß sehr wohl, daß sie, speziell in Baden — siehe Notiz in Nr. 35: Die bedrückte Kirche —, mit dem Staate das beste Geschäft macht.

Das Landsmännchen.

Die Beurteilung des Pareres Fröblich von Wörth hat das „Intelligenzblatt“, den Landmann, vollständig außer Rand und Band gebracht. Daß er den Richterpruch als ungerecht findet, ist ja nicht zu verwundern; seiner Ansicht nach hätte Parer Fröblich für den Stangelnützbrand mindestens eine Verlobung bekommen müssen, denn er hätte ja den Zweck, die bösen Soggen zu vernichten, die den Staat massieren und die guten Seelenhirten räubern wollen und in diesem Falle heiligst der Zweck die Mittel.

Wir hätten von seinem Geschreibsel gar keine Notiz genommen, wäre er nicht zum Schluß in einen Lobhudele ausgediehen, den wir unsern Lesern unendlich vorkantzen können, denn die Ausführungen zeigen so recht deutlich, mit welchen Waffen die Partei für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ dem Gegner gegenüber kämpft. Er schreibt: „Im Zeitalter des Großhubs kann man allerdings erleben im Kaiserlande. Ein Großh. Bad. Minister möchte die „Genossen“ im Landtag nicht missen, ein „Genosse“ kommt ins Präsidium des Parlaments eines noch monarchischen Staates, ohne daß er die Verpflichtungen gegen den Monarchen übernimmt, die einmal Eitelkeit sind, und endlich wird ein latinalischer Geistlicher verurteilt, der vor der Partei der Revolution und des Limites warnt.“ — Wäreis, abwärts rollt die Kugel; schwer ist es, sie aufzuhalten, wenn sie einmal im Laufe ist. Kur so zu, Ihr edlen Herren, die Saat wird blühen, die Ihr säet und blüht tot die Ernte sein. Wenn einmal Bomben schweifen, Ministerstühle trachen und Throne wanken, wenn Euch das Messer an der Kehle sitzt, die blutige Zeit der Revolution glüht und Euch umgarnt, dann werdet Ihr noch den verhassten „Stören“ zuten dann, wenn es nicht zu spät ist. Ich schon einmal, werden sie in den Zeiten des Sturmes dem Volke Verantwortung geben, damit es sich nicht an Euch, Euren Stellungen und Euren Geldsäckeln vergesse. Wird das Volk aber immer hören? Schon mancher Brand ist gelöscht worden, wenn auch die Lehen schon mächtig in die Höhe fliegen, gar mancher aber hat gebrannt trotz aller Wasserweiser, die hinzugehört wurden, bis das Objekt, das er erlösch, vernichtet war. Häßliche die Worte nur weiter und verzeihe die, welche ihr weihen und sie vernichten wollen, leicht aber zu, daß die weihen Worte Euch nicht einst aus Landpartei aufricht.

Schauerlich! Bomben, Blut und Messer und tote Könige! Ja, es ist wirklich höchste Zeit, daß diese gefährliche Partei ausgedacht wird — schade, daß nur ein Landsmännchen existiert, welches so lauchbar dummes Zeug schreibt, sonst hätten sich die Genossen schon alle samt und fonsers — tot gelacht.

Doch des Schicksals Tüde hat auch diesmal dem Landmann wieder einen bösen Streich gespielt. Ganz offen verriet er zu was der Weisliche und die Religion nach seinen Begriffen da sind: „... wenn sie dem Volke Verantwortung predigen sollen, damit es sich nicht an Euch, Euren Stellungen und Geldsäckeln vergesse!“ Danke für das freimütige, wenn auch unüberlegte Geständnis. Solches haben wir immer behauptet: Zum Schutze des Geldsacks! Ob die Herren Contrates ihm aber auch Dank dafür wissen werden?

Der Jahresbericht der bad. Fabrikinspektion ist am Samstag erschienen. Wir werden ihn eine ausführliche Besprechung widmen.

Deutsche Politik.

Die Russenausweisungen.

Das Berliner Tageblatt meldet: „In einer Unterredung, die einer unserer Mitarbeiter in Sachen der Ausweisung russischer Staatsangehöriger mit dem Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern Herrn Bischoffshausen hatte, betonte der Unterstaatssekretär ausdrücklich, daß für die Ausweisung weder politische noch konfessionelle Gründe maßgebend seien, sondern daß die Ausweisungsbefehle lediglich nur dann erfolgen sollen, wenn zu befürchten (1) sei, daß die Ausländer der öffentlichen Armenpflege zur Last fallen, daß sie sich irgendwo lästig machen oder sich politisch betätigen. Der Unterstaatssekretär, der von der schematischen Ausübung der polizeilichen Verordnung selbst überläßt zu sein schienen (1), befragt demnach unsere früheren Ausführungen. Der Grund, den der Polizeipräsident in Schöneberg in einer eingelegten Mitteilung der Anfrage gab: „Die preussische Regierung wünsche nicht eine Ansammlung russischer Juden in Berlin oder in Preußen“, scheint daher nicht stichhaltig zu sein. Es dürfte sich zunächst empfehlen, die Polizeibehörden schleunigst dahin zu verständigen, daß bei Beurteilung der augenblicklich vorliegenden und etwaiger späterer Fälle auch die soziale und wirtschaftliche Stellung der einzelnen in Berücksichtigung zu ziehen ist.“

Das Berliner Tageblatt, das Anglistreie ausgefallen hatte, als auch reiche Klassen von der Ausweisung betroffen wurden, fühlte sich nun durchaus beruhigt. In Wahrheit beschäftigen die Ausführungen des Herrn Unterstaatssekretärs nur die schlimmsten Befürchtungen über die bei der preussischen Polizeipraxis geübte „deutsche Gastfreundschaft“ gegen Flüchtlinge und Verfolgte. Trotz der Versicherung, daß weder politische noch konfessionelle Gründe für die Ausweisungen maßgebend seien, sieht es bei der rein schematischen Russenausweisung; denn irgend eine von den „Befürchtungen“ wird in jedem Falle als „Begründung“ gutreffen. Selbst wenn „befürchtete“ werden müßte, daß die Ausländer der öffentlichen Armenpflege zur Last fallen, verdient die Ausweisungsbefehle die schärfste Zurückweisung, erst recht, wenn die Befürchtung nur ein Vorwand ist, Verfolgte ihren Helfern auszuliefern.

Die Wahrheit hat Schönebergs Polizeipräsident ausgeprochen: Die preussische Regierung „wünscht“ keine Ansammlung russischer Juden in Berlin. Und darum arbeitet die Polizei mit Massenausweisungen, denen alles zum Opfer fällt: 73jährige Dienstmädchen, Russen, die über fette Renten ver-

fügen, Studenten — Preußen duldet keine „Schornorrer und Verschwörer“. Und das „mannhafte“ Berliner Tageblatt gibt seinen Segen dazu.

Notizial. Wegen Postdefraudation muß der Breslauer Generalanwäger 63 441 M. 20 Pf. Gebühre zahlen. Das Rauchen in Dorfs hat der Amtsbürger von Lobran bei Pleignitz verboten, wozu er natürlich kein Recht hat. Wegen Gotteslästerung wurde vom Landgericht Schöneberg der Pfleger Weiglein zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Er hatte im Wirtshaus über zwei dort hängende Kränze eine dumme Bemerkung gemacht, durch die der Herrgott beleidigt sein soll. Die Bemerkung ist weniger der gotteslästerlichen Gesinnung des Tänders, als dem allzuvielen Alkoholgenuß entsprungen.

Ausland.

Allgemeines.

Serbien. Siebzig an der Ermordung des Königs Alexander beteiligte Offiziere haben nach einer Meldung aus Belgrad ihr Abschiedsgeld eingereicht. Dem Vernehmen nach geschah dies, nachdem König Peter an ihre Vaterlandsliebe appelliert und auf die Stodung im Herbstigen Wandel hingewiesen hatte, die infolge der Weigerung Englands eingetreten sei, die diplomatischen Beziehungen zu Serbien wieder aufzunehmen, falls diese Offiziere nicht zurücktreten.

Sozialdemokratie.

England. In der Osterwoche fand eine Siegesfeier der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ in Stockton statt aus Anlaß der Gewinnung von ca. 30 Parlamentssitzen, während die Föderation in Bradford ihren 26. Parteitag abhielt. Die Verschmelzung mit der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ wurde mit 48 gegen 43 Stimmen abgelehnt, aber nur aus formalen Gründen. Es wurde anerkannt, daß man, wie bisher so auch ferner, mit der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ bei allen wichtigen Dingen zusammengehen müsse. Der Zusammenschluß der beiden Parteien ist wohl auch nur eine Frage der Zeit. Ein prinzipieller Unterchied besteht wohl kaum noch.

Aus der Partei.

Die Waifeier.

Daglanden, 30. April. Wir machen hiermit nochmals auf die morgen stattfindende Waifeier, verbunden mit Musik, Gesang, Feste und Demonstrationen aufmerksam und bitten um zahlreichste Beteiligung.

Anmeldungen. Die Waifeier der hiesigen organisierten Arbeiterpartei findet Dienstag, den 1. Mai, abends 8 Uhr, im Wirtshaus, Treffpunkt Stadt Mey nachmittags halb 2 Uhr.

Abg. Weiler. Die Genossen von Weiler, welche am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, beteiligen sich an der Straßburger Waifeier: Vormittags 10 Uhr: Versammlung im Volkspark, nachmittags: Ausflug nach Rastatt am Badel. Treffpunkt Stadt Mey nachmittags halb 2 Uhr.

Abg. Weiler. Die Genossen von Weiler, welche am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, beteiligen sich an der Straßburger Waifeier: Vormittags 10 Uhr: Versammlung im Volkspark, nachmittags: Ausflug nach Rastatt am Badel. Treffpunkt Stadt Mey nachmittags halb 2 Uhr.

Berichte über die Waifeier.

Wir bitten wir von den Leitern der Waifeiervereine. Sie haben zu enthalten die Zahl der Veranlassungsteilnehmer und den Namen des Referenten; herrichte Arbeiterkreise, ist die Zahl der Referenten zu vermerken. Die Berichte können per Postkarte ersandt werden, müssen aber Dienstag nachts aufgetragen sein, damit sie Mittwoch früh 7 Uhr bei uns ankommen.

Redaktion des Volksfreund.

Trieburg, 27. April. Die hiesige organisierte Arbeiterpartei bezieht auch hier die Waifeier am Dienstag den 1. Mai abends 8 Uhr im „Wald“ in würdiger Weise. Das Programm besteht aus Instrumentalmusik (Schwäbischer Streichorchester), Feste, ersten und heiteren Beiträgen. Die Feiern werden veranlaßt sich Dienstag mittags 1/2 Uhr im „Wald“ zu einem Ausflug.

Die am Sonntag den 6. Mai in den Ortswald geplante Zusammenkunft ist der raschen Witterung wegen auf später verschoben. Dies mögen sich die Genossen des 2. Wahlkreises zur Notz nehmen.

Donauinsinger, 20. April. Unsere Waifeier findet dieses Jahr am Sonntag, den 6. Mai, abends im Gasthaus zum Schwanen statt. Es sind alle Voraussetzungen gegeben, daß die Feiern einen würdigen Verlauf nehmen werden; insbesondere wird unser junger Arbeiterkreis einen Beitrag zu leisten. Leider sind wir hier noch nicht in der Lage, den 1. Mai durch Arbeitstage belegen zu können, doch veranlaßt sich die Genossen am 1. Mai abends ebenfalls im Schwanen, um in gemeinsamer Versammlung der Bedeutung des Tages zu gedenken. Für diese Zusammenkunft sowohl, als insbesondere für die Waifeier selbst, ersuchen wir die Genossen, kräftig zu agieren.

Waldkirch, 20. April. Den Parteigenossen und Gewerkschaftsmitgliedern zur Nachricht, daß am Dienstag den 1. Mai, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zum Schwanen anlässlich des 1. Mai eine Zusammenkunft stattfindet. Die offizielle Waifeier findet am Sonntag den 6. Mai im Ortswald statt.

g. Konstanz, 20. April. Als die natürlische Sache von der Welt wurde geteilt dem Genossen Keding mitgeteilt, daß der geplante Demonstrationstag am 1. Mai nicht gefeiert ist. Immer noch der alte Pöb, warum eigentlich? Es ist gegen die bestehende Verordnung; deshalb, damit basta. Warum wird dann nicht die Versammlung am Freitagsmorgen verboten? Aber sind wir nicht mehr Rechts als die tatloshen Steuerzahler? Im Antwort wird gebeten.

Das Protokoll über den badischen Parteitag ist erschienen und zum Preise von 20 Pf. bei allen Vertrauensmännern und im Parteisekretariat in Karlsruhe, Schloßplatz 15, zu haben.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Baden-Baden, 20. April. Die organisierten Arbeiter haben am vorigen Freitag beschlossen, in ein Lohnbewegung einzutreten. Bezug ist einmütigen ferngehalten. Nähere Mitteilungen erfolgen in der nächsten Nummer.

Offenburg, 20. April. Die Lohnbewegung der Schuhmacher ist erfolgreich beendet. Nach langem Hören wurde für jugendliche Bodenarbeiter ein Mindestlohn von 15 M. für ältere Arbeiter von 18 M. erzielt. Der Stundenlohn beträgt 30 bis 35 Pf. Nach-

